



**Le Syndicat.
Die Gewerkschaft.
Il Sindacato.**

RESOLUTION

«Für grundlegende Veränderungen und wirksame Massnahmen bei der Dienststelle für Migration»

Wir fordern ein Ende der katastrophalen Zustände bei der Walliser Dienststelle für Migration.

Die Walliser Dienststelle für Bevölkerung und Migration funktioniert in alarmierender Art und Weise! Die Leistung der Behörde wird als diskriminierend oder gar fremdenfeindlich empfunden, insbesondere bei den massiven Verfahrensverzögerungen. Z.B. werden Unterlagen, die man bereits vor Monaten eingereicht hat, erneut angefordert. Ein Blick in die Dossiers bestätigt diese langen Wartezeiten und dabei bleibt es leider nicht. Verstösse gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen, das Ausländergesetz und die Missachtung der Rechtsprechung sind an der Tagesordnung.

Es handelt sich dabei in keinsten Weise um Versäumnisse die durch eine Reduktion der Dienstleistungserbringung, wie Schliessung des Schalter- oder Telefondienstes abgearbeitet oder behoben werden könnten. Nein, es handelt sich um eine systematische Verweigerung von Recht und Ansprüchen auf Kosten ausländischer Arbeitnehmer:innen, die in unserem Kanton arbeiten.

Eine solche Praxis stellt die Betroffenen und ihre Familien vor grosse Probleme. Ohne eine gültige Bewilligung, aufgrund von langen Fristen oder Fehlentscheidungen, ist es ihnen beispielsweise nicht möglich, eine Wohnung zu mieten, geschweige denn, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Bei saisonaler Tätigkeit wird dann auch schon mal das Arbeitslosengeld verwehrt. Es ist ein Armutszeugnis für eine Behörde als Dienstleistungserbringer, wenn dann auch noch Bewilligungen, die bereits bezahlt wurden, beim Erhalt bereits abgelaufen sind.

Seit geraumer Zeit prangert die Gewerkschaft Unia diese Missstände der Dienststelle für Migration an. Wir fordern von der DBM, sowie vom zuständigen Staatsrat Frederic Favre, grundlegende Veränderungen sofort wirksame Massnahmen zur Behebung dieser Missstände:

- ♦ Wir fordern, ein sofortiges Ende der aktuellen Praxis der DBM und der Missachtung von Rechtsprechung und des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kosten der Migrant:innen in unserem Kanton.

- ◆ Wir fordern, umfassende Weiterbildungsmassnahmen für entscheidungsbefugte Personen bei der Dienststelle für Migration, damit schwerwiegende Defizite in der Dossier-Bearbeitung und den daraus resultierenden Rechtsnachteilen für Ausländer:innen endlich behoben werden.
- ◆ Wir fordern, eine gute und qualifizierte Dienstleistung und damit einen korrekten Umgang mit Steuergeldern.
- ◆ Wir fordern, eine grundlegende Veränderung in der Haltung als Dienstleisterin, welche die zur Verwirklichung der Grundrechte beiträgt und zu der die Bundesverfassung verpflichtet.
- ◆ Wir fordern, sämtliche politische Entscheidungsträger:innen auf, sich für grundlegende Veränderungen und wirksame Massnahmen bei der Dienststelle für Migration einzusetzen.

Die Gewerkschaft Unia wird weiterhin alles daran setzen, die Missstände bei der Dienststelle für Migration aufzuzeigen und wenn nötig, rechtliche Schritte einzuleiten.

Diese Resolution wurde an der Delegiertenversammlung der Unia Region Wallis vom 22. April 2023 in Siders verabschiedet.
